

Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias

**Research Report**

## Die AfD: Eine unterschätzte Partei. Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen

IW-Report, No. 7/2017

**Provided in Cooperation with:**

German Economic Institute (IW), Cologne

*Suggested Citation:* Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias (2017) : Die AfD: Eine unterschätzte Partei. Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen, IW-Report, No. 7/2017, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157209>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



# **Die AfD: Eine unterschätzte Partei**

## **Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen**

### **Autoren:**

Dr. Knut Bergmann  
Telefon: 030 27877-110  
E-Mail: [bergmann@iwkoeln.de](mailto:bergmann@iwkoeln.de)

Matthias Diermeier  
Telefon: 0221 4981-605  
E-Mail: [diermeier@iwkoeln.de](mailto:diermeier@iwkoeln.de)

22. März 2016

## Inhalt

Zusammenfassung .....	3
Abstract .....	3
1. Einleitung .....	4
2. Abweichung bei Sonntagsfrage und 18-Uhr-Wahlprognose .....	5
3. Politische Einstufung der AfD.....	8
4. AfD-Anhängerschaft.....	10
5. Protest als Wahlmotiv .....	11
6. Fazit .....	12
Literatur .....	14

JEL-Klassifikation:

D7: Kollektive Entscheidung

D72: Politische Prozesse: Rentenstreben, Lobbyismus, Wahlen, Legislative und Wahlverhalten

## Zusammenfassung

Brexit, Trump und die AfD – eine Reihe von Abstimmungs- und Wahlergebnissen konnten Meinungsforscher in der jüngeren Vergangenheit nur schlecht vorhersagen. Der vorliegende Beitrag diskutiert diese Problematik am Beispiel der in Deutschland erstarkten rechtspopulistischen AfD: Da diese von der Gesellschaft zunehmend am äußerst rechten Rand verortet wurde, kann die vermutete soziale Erwünschtheit von Antworten bei Vor- und Nachwahlbefragungen eine Erklärung für die schlechten Vorhersagen und Prognosen bieten. Daneben erschweren aber auch prinzipielle Antwortverweigerungen und der schwierige demoskopische Umgang mit Protestwählern die Vorhersagen der AfD-Ergebnisse. Dies erklärt zum einen, warum Studien zur AfD mitunter zu recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen und darüber hinaus, dass sich Gründe und Muster für die AfD-Wahl nur schwer identifizieren lassen – was den medialen und politischen Umgang mit den AfD-Erfolgen verkompliziert.

## Abstract

Brexit, Trump and the AfD – a couple of referendum and election outcomes in the recent past have been erroneously forecasted. This contribution discusses the issue with regard to the rising right wing populist party ‘Alternative für Deutschland’ (AfD) in Germany: Since the party is increasingly judged to be located at the radical edge of the political spectrum, the concept of social desirability can be drawn on to as an explanation for the bad predictions and forecasts. What is more, simple refusal to answer and the difficult demoscopic handling of protest voters hinder the accuracy of AfD election outcome forecasts. On the one hand, this explains why studies on the party come to significantly different results. On the other hand, reasons and patterns of the actual voting decision are difficult to pin down. Furthermore, not having a coherent empirical base media and politics face great difficulties in dealing with the new party.

## 1. Einleitung

Eine Reihe von unvorhergesehenen Wahl- und Abstimmungsergebnissen im vergangenen Jahr haben eine breite Debatte um die demoskopische Treffsicherheit von Prognosen ausgelöst. Insbesondere beim Brexit-Referendum in Großbritannien und der amerikanischen Präsidentschaftswahl hatten Vorhersagen der Meinungsforscher andere Ergebnisse prognostiziert und die populistischen „Außenseiter“ teils deutlich unterschätzt.<sup>1</sup>

Eine mögliche Erklärung liegt in dem 1972 von den beiden Soziologen Derek Phillips und Kevin Clancy entwickelten Konzept der sozialen Erwünschtheit (Phillips/Clancy, 1972). Befragte verweigern sich demnach den Umfragen oder antworten absichtlich unwahr, da ihnen bewusst ist, mit ihren wahrheitsgemäßen Angaben gegen gewisse soziale Normen zu verstoßen. In der Folge wird von Meinungsforschern der Anteil derjenigen Menschen, die eine vom sozialen Mainstream abweichende Meinung vertreten, unterschätzt.

Tatsächlich zeigt ein Vergleich von Online- und Telefonbefragungen zum Brexit-Referendum, dass die anonymeren Befragungen über das Internet wesentlich treffsicherer waren als Telefoninterviews (Sayers, 2016). Dies könnte durchaus als Indiz für eine Verzerrung von Umfragen gedeutet werden, die auf direktem – wenn auch telefonischen – Kontakt beruhen, aufgrund von mangelnder sozialer Erwünschtheit gegenüber den Leave-Befürwortern.

Mit Blick auf die Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen 2016 deuten Erkenntnisse des Wahlforschers Harry Enten allerdings in eine andere Richtung (Enten, 2016). Er zeigt, dass Donald Trump seine Umfrageergebnisse in den Gebieten am weitesten übertroffen hat, in denen er bereits frühzeitig während des Wahlkampfes den deutlichsten Vorsprung verzeichnen konnte. Außerdem wurde das Wahlergebnis von gemäßigten republikanischen Senatoren teils stark unterschätzt. Eine Erklärung für viele kurz vor der Wahl zu Trump umschwenkende Wähler könnte der Bandwagon-Effekt liefern. Dieser Theorie zufolge neigen Wähler dazu, den Kandidaten oder die Partei unterstützen zu wollen, dessen bzw. deren Chancen sie

---

<sup>1</sup> Selbst der sonst so zielsichere Wahlforscher Nate Silver hatte am Vorabend der US-Präsidentschaftswahl noch die Wahrscheinlichkeit eines Wahlsiegs von Hillary Clinton auf satte 71 Prozent beziffert (Silver, 2016).

in der Wahl oder Abstimmung besser einschätzen. Tatsächlich ließ sich bei den 2016er US-Wahlen ein später Aufholprozess Trumps beobachten (Hopmann, 2010).

In Deutschland wiederum gewinnt diese Theorie durch die momentan stark steigenden Umfragen zugunsten der SPD seit der Nominierung von Kanzlerkandidat Martin Schulz an Bedeutung. Ob der „Schulz-Schub“ am Wahltag tatsächlich in eine „Merkel-Müdigkeit“ mündet, werden die Ergebnisse am 24. September 2017 aber erst noch weisen müssen. Dennoch überraschte die erste Umfrage, der zufolge zwei Wochen nach dem durchgesickerten Verzicht von Sigmar Gabriel auf die Kanzlerkandidatur die SPD bundesweit vor der Union lag – nachdem sie jahrelang bei Anfang 20 Prozent weit abgeschlagen hinter der Union demoskopisch vor sich hindümpelte. Jedenfalls hat sich die immer wieder aufflackernde Debatte um die Plausibilität der Vorhersagen und Methoden der Meinungsforschung verschärft – insbesondere mit Blick auf die US-Präsidentenwahlen, aber auch in Deutschland. Im Fokus steht dabei hierzulande besonders die Validität der für die Partei Alternative für Deutschland (AfD) erhobenen Daten.<sup>2</sup>

Die führenden Meinungsforschungsinstitute wie infratest dimap und die Forschungsgruppe Wahlen taten sich in 2016 zunehmend schwer, die AfD-Wähler korrekt zu erfassen, geschweige denn Wahlergebnisse der AfD zu prognostizieren. Umfragen für Baden-Württemberg erwarteten kurz vor den Wahlen etwa 11 Prozent für die AfD, in Rheinland-Pfalz etwa neun Prozent – in beiden Bundesländern wurde das Endergebnis somit um rund vier Prozentpunkte unterschätzt, in Sachsen-Anhalt lagen die letzten Prognosen sogar um rund sechs Prozentpunkte unterhalb des endgültigen Ergebnisses.

## 2. Abweichung bei Sonntagsfrage und 18-Uhr-Wahlprognose

In Prozent ausgedrückt wird die Unterschätzung der AfD im Vorfeld der Wahlen (Sonntagsfrage) noch deutlicher (Abbildung 1). Von den Wahlen auf Bundes- oder Länderebene, an denen die AfD angetreten ist, wurde sie in 8 von 13 Fällen von mindestens einem der beiden Wahlforschungsinstitute Forschungsgruppe Wahlen und infratest dimap mit an die 20 Prozent, in der Spitze sogar mit über 45 Prozent unterschätzt. Eine wirkliche Ausnahme bilden lediglich die Europawahl, bei der das AfD-Ergebnis praktisch richtig vorhergesagt wurde, sowie die letzte Landtags- bzw.

---

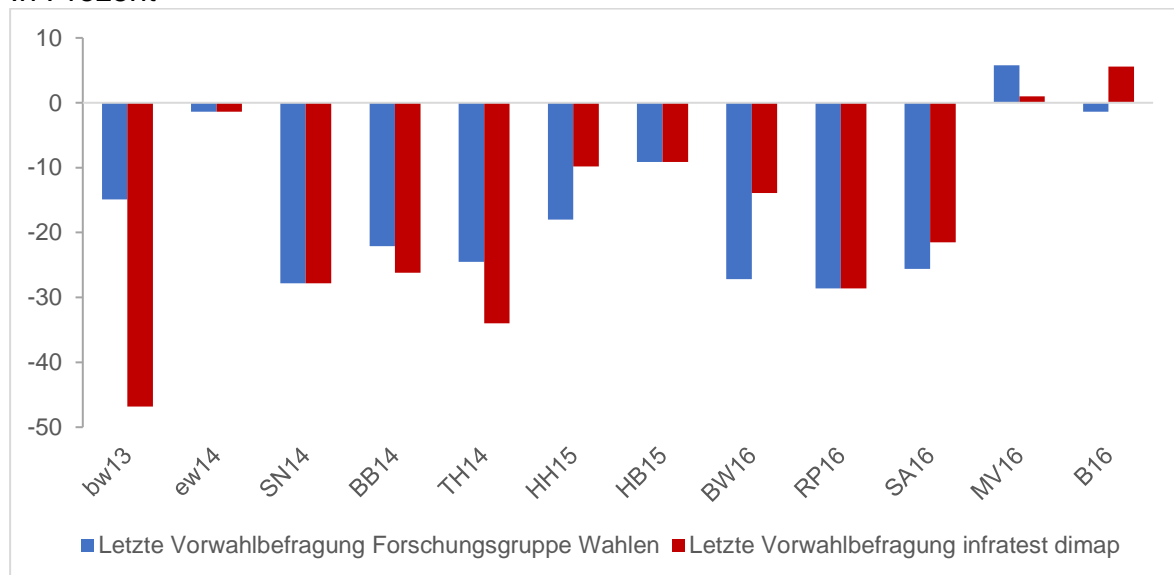
<sup>2</sup> Die Befragungstechniken des Meinungsforschungsinstituts Insa wurde öffentlich kritisiert (Schmidt, 2017, 5). Ein Vergleich der Online-Befragung des German Longitudinal Election Study (GLES) und der von infratest dimap telefonisch erhobenen Sonntagsfrage ergibt für die AfD eine höhere Treffsicherheit der Online-Umfragen (Bergmann et al., 2017).

Abgeordnetenhauswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, bei der die AfD teils sogar überschätzt wurde.

Eine ähnliche Problematik, Wahlergebnisse treffgenau vorherzusagen, gab es auch bereits bei dem Erfolg der Republikaner im Jahr 1992 in Baden-Württemberg, wie auch bei dem überraschenden Erfolg der DVU 1998 in Sachsen-Anhalt (Neubacher 2002, 92ff.; Bergmann, 2002; Holtmann, 2008, 424ff.). Dies hatte jeweils zu Diskussionen um die Schwierigkeit der Demoskopien mit der Prognose rechter Parteien geführt – als eine mögliche Erklärung wurde schon damals ein „Bekennersproblem“ gehandelt, denn die Wahl rechtsextremer Parteien gilt als gesellschaftlicher Tabubruch (Der Spiegel, 1996, 26f).<sup>3</sup>

### Abb.: 1: AfD-Prognoseabweichung der letzten Befragung vor der jeweiligen Wahl<sup>4</sup>

In Prozent



Quelle: wahlrecht.de aus Ursprungsdaten von: infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen, eigene Berechnungen

Bemerkenswert sind auch die hohen Prognosefehler in den Exit-Polls am Wahltag selbst: Die Forschungsgruppe Wahlen liegt in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin 2,6 Prozentpunkte, in Sachsen-Anhalt 2,7 Prozentpunkte daneben. In Rheinland-Pfalz liegt das Endergebnis damit über 25 Prozent höher als prognostiziert. Die Prognosen von infratest dimap treffen die letztlichen

<sup>3</sup> Das Prognose-Problem am rechten Rand des Parteienspektrum ist auch in internationalen Kontext bekannt und Forschungsgegenstand (Evans/Ivaldi, 2010).

<sup>4</sup> Die hier ausgewerteten Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen wurden jeweils mit einem kürzeren Zeit-Lag vor der Wahl durchgeführt als diejenigen von infratest dimap durchgeführten.

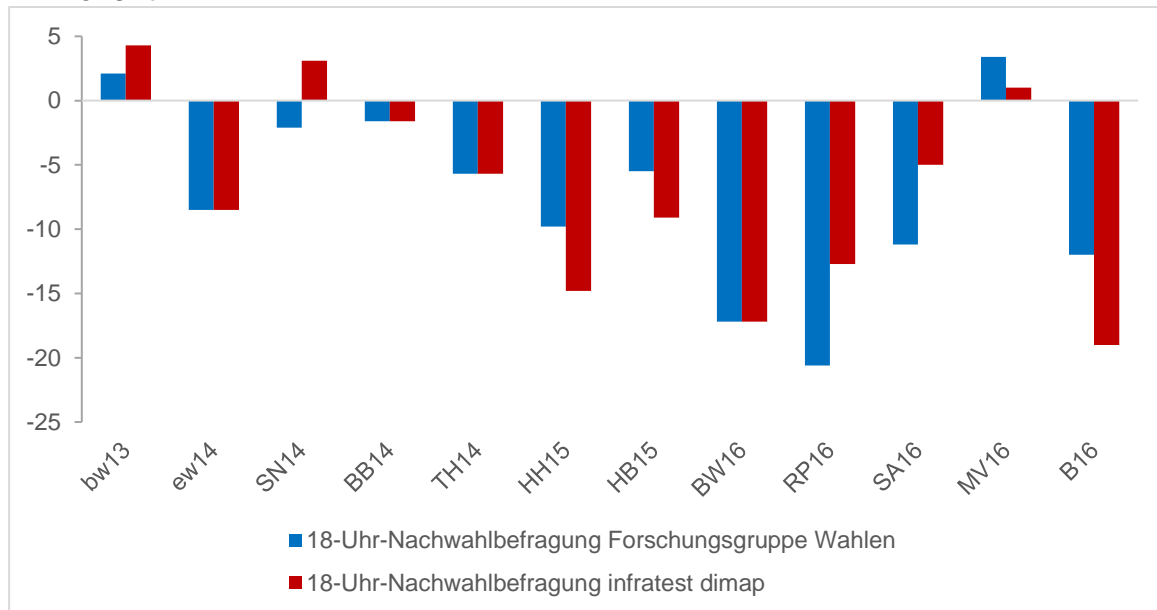
Endergebnisse nur unwesentlich besser. Abbildung 2 visualisiert dieses Phänomen in prozentualer Abweichung der Nachwahlbefragungen vom Endergebnis der jeweiligen Wahl. Im Gegensatz zu Abbildung 1, die auf eine generelle Schwierigkeit bei der Vorhersage von AfD-Wahlergebnisse schließen lässt, suggerieren die Abweichungen der Nachwahlbefragungen – wieder mit der Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern – eher eine Verschlechterung der AfD-Prognosen im Zeitverlauf. Dass die „face-to-face“ durchgeführten Nachwahlbefragungen die AfD ab 2015 tendenziell stärker unterschätzen als vorher, könnte auf eine steigende soziale Erwünschtheitsproblematik hindeuten. Im direkten Vergleich von Nach- und Vorwahlprognose bleibt zu beachten, dass Nachwahlbefragungen den Wahlentscheid generell differenzierter abbilden und deshalb die entsprechenden Abweichungen geringer ausfallen als Tage vor dem tatsächlichen Wahlentscheid.

Die Prognoseschwierigkeiten lassen sich zwar auf den ersten Blick mit dem Fehlen einer belastbaren Stützperiode für die entsprechenden Wahlen begründen, damit bleiben die Prognostiker jedoch die Erklärung schuldig, weshalb sich die Prognosegüte über den Zeitverlauf verschlechterte. Der hier zutage tretende Nachwahl-Prognosefehler ist umso auffälliger als die Prognosen sonst überaus präzise sind. Betrachtet man beispielsweise die vergangenen drei Bundestagswahlergebnisse, stellt man fest, dass selbst 2005 die Prognose für die Unionsparteien kaum vom Endergebnis abwich, obwohl die Umfrageinstitute in der letzten Vorhersage vor der Wahl mit Blick auf die Union massiv danebengelegt hatten. Infratest dimap und die Forschungsgruppe Wahlen sagten ihr damals ein Ergebnis von 41 Prozent der Zweitstimmen voraus. Am Ende kam die CDU auf lediglich 35,2 Prozent der Stimmen – ein Prognosefehler von 5,8 Prozentpunkten beziehungsweise 16,5 Prozent. Dass selbst ein solcher Prognosefehler in den 18-Uhr-Nachwahlbefragungen fast verschwunden war, zeugt von der Qualität der Exit-Poll-Prognosen und der Bedeutung des AfD-spezifischen Problems.

Es erscheint durchaus möglich, dass die auffällig wachsenden Schwierigkeiten, AfD-Wahlergebnisse in Umfragen und den auf Nachwahlbefragungen („Exit Polls“) beruhenden 18-Uhr-Prognosen am Wahltag von Landtagswahlen abzubilden, ein Spiegel der äußeren Wahrnehmung der Partei ist. Schließlich ist die AfD in den vergangenen Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung immer weiter nach rechts gerückt und damit „sozial unerwünscht“ – was eine plausible Erklärung für das Antwortverhalten der Wähler sein könnte. Einer angenommenen sozialen Erwünschtheit entsprechend erteilen sie eine unwahre Auskunft über ihr Wahlverhalten (Hyman, 1944; Roth, 1998, 110; Hartmann, 1991; Möhring/Schlütz, 2010, 61ff.).



**Abbildung 2: AfD-Prognoseabweichung der jeweiligen Nachwahlbefragungen**  
In Prozent



Quelle: wahlrecht.de aus Ursprungsdaten von: infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen, eigene Berechnungen

### 3. Politische Einstufung der AfD

Zudem neigen insbesondere Menschen mit extremen Einstellungen dazu, die Teilnahme an Umfragen zu verweigern – was in Deutschland insbesondere für die Anhänger rechtsextremer Parteien gilt (Proner, 2011, 130).<sup>5</sup> Unabhängig von der Frage, ob die AfD in Gänze oder Teilen als rechtsextrem einzuschätzen ist, scheint das Argument plausibel, dass ihre Anhänger und Wähler aufgrund der sozialen Erwünschtheit in Umfragen nicht wahrheitsgetreu antworten oder sich ihnen ganz entziehen. Zwar verfügt nur ein kleiner Teil der AfD-Anhänger über rechtsextremistische Einstellungsmuster (Niederamayer/Hofrichter, 2016), wie sich auch AfD-Anhänger selbst und ihre Partei auf dem Links-Rechts-Kontinuum nicht als rechtsextrem einschätzen, aber: Von den nicht der AfD-zuneigenden Wahlberechtigten wird die Partei deutlich weiter rechts wahrgenommen als von ihren Anhängern. Auffällig ist, dass die Partei dabei im Zeitverlauf immer weiter rechts verortet wird – was mit Blick auf die Personalwechsel und öffentlichen Diskussionen keine Überraschung sein dürfte. Die Selbsteinschätzung der AfD-Anhänger auf dem

<sup>5</sup> Dabei könnte zudem die Ablehnung der etablierten Eliten eine Rolle spielen, zu der auch Meinungsforscher gezählt werden. Manfred Güllner, der Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstitutes Forsa sagte hierzu in einem Interview: „Wir haben hier eine Wählergruppe, oder eine potentielle Wählergruppe, die Vorbehalte gegen das sogenannte Establishment hat. Und wir als Meinungsforscher werden mit der Politik, mit den Medien in diesen Topf geworfen, wir sind Teil der Manipulationsmaschine.“ (Güllner, 2016).

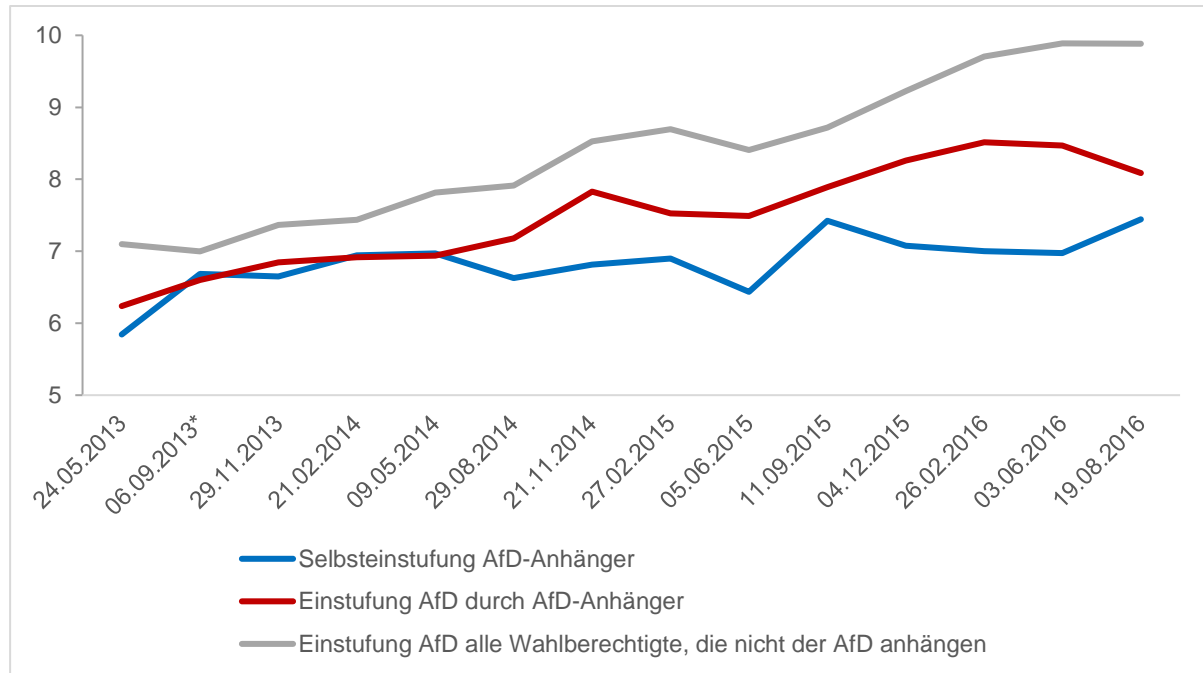
links-rechts Kontinuum hat sich zunächst zwischen Anfang 2014 und Mitte 2015 nahezu nicht verändert. Ein merklicher Anstieg ist lediglich kurz nach Parteigründung 2013 – während sich auch die soziodemographische Struktur der Wähler verschiebt (Niederamayer/Hofrichter, 2016) – sowie um den Führungswechsel auf dem Essener Parteitag Juli 2015, zu beobachten.

Im Gegensatz zu ihrer Selbsteinschätzung nehmen auch die AfD-Anhänger die Partei stärker nach rechts tendierend wahr, sodass die Selbst- und Parteieinschätzung leicht divergiert. In der Außenwahrnehmung ist diese Divergenz wesentlich stärker. Mit der zunehmenden Radikalisierung der Parteispitze wird die AfD von außen über den Zeitablauf als immer rechter wahrgenommen als dies bei der Einschätzung durch ihre Anhänger der Fall ist (Abbildung 3). Dies bestätigen auch die Umfragen von infratest dimap (infratest dimap, 2015). Im Jahr 2016 schließlich wird die Partei mit einem Wert von 9.9/11 am äußeren rechten Rand verortet. Parallel dazu wächst das Gap in der Verortung der AfD zwischen den Anhängern der Partei und den restlichen Wahlberechtigten. Just seit dieser Zeit sind die größten Abweichungen von der Prognose zum Wahlergebnis zu verzeichnen. Selbst wenn sich die der AfD zuneigenden Menschen nicht als Anhänger einer extremen politischen Richtung empfinden, dürfte ihnen klar sein, dass sie im öffentlichen Diskurs und in großen Teilen der Bevölkerung jedoch so angesehen werden. Weniger stark scheint dies in den ostdeutschen Bundesländern zu gelten. Eine Erklärung, warum die 18-Uhr-Prognosen bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern deutlich präziser sind als denen in den alten Bundesländern Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz könnte darin liegen, dass im Osten die Wahl der AfD als etwas völlig „Normales“ angesehen wird (Bergman et. al., 2017). Dementsprechend fällt es leicht, sich dazu zu bekennen.

Unabhängig von der letztlichen Erklärung deuten die großen Abweichungen der AfD-Prognosen von den Endergebnissen auf die Problematik, die Charakteristika der AfD-Wähler adäquat abzubilden – da sie sich augenscheinlich nicht repräsentativ erfassen lassen. Darüber hinaus ist die sozio-demografische Betrachtung der tatsächlichen AfD-Wählerschaft beispielsweise anhand von Nachwahlbefragungen leider nicht möglich, da die entsprechenden Daten nicht öffentlich zugänglich bereitgestellt werden.

### Abbildung 3: Verortung der AfD auf dem Links-Rechts-Kontinuum

In Skala 1 bis 11



\* Beabsichtigte Stimmabgabe bei der Bundestagswahl

Alle Befragte: N=14.373, Menschen mit AfD Wahlabsicht: N=1.203

Quelle: GLES<sup>6</sup>, eigene Berechnungen

## 4. AfD-Anhängerschaft

Zudem wandelte sich die Anhängerschaft der erst Anfang 2013 gegründeten Partei im Verlauf der wenigen Jahre ihrer Existenz. Dies spiegeln schon die unterschiedlichen Etiketten, mit denen die AfD bedacht wird: Im Zeitverlauf reicht die Spanne von einer Partei des „Prekariats“ (Welt Online, 2016) bis hin zu einer der „Besserverdiener und Gebildeten“ (Greive, 2016, 3; Bergmann et al., 2016), wobei sie 2016 zu einer Partei der „sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“ (Bergman et al., 2016, 113) geworden sein dürfte. Die verschiedenen Etikettierungen spiegeln dabei die unterschiedlichen Ergebnisse wider, zu denen unterschiedliche Studien mit Blick auf die AfD-Anhängerstruktur gekommen sind. So gibt es auf der einen Seite Studien, die nahelegen, dass die AfD-Anhänger sich durch ein niedriges Bildungsniveau und geringe Haushaltseinkommen kennzeichnen lassen (Brähler et al., 2016; Kroh/Fetz, 2016). Damit widersprechen die Autoren teilweise deutlich der

<sup>6</sup> Für die vorliegende Analyse wurden die Wellen T21 bis T33 des GLES Langfrist-Online-Tracking im Erhebungszeitraum vom 06.09.2013 bis 02.09.2016 ausgewertet. Jede Welle wird von rund 1.000 Befragten beantwortet. Bei den GLES-Auswertungen handelt es sich um ungewichtete Ergebnisse. Die strukturellen Befunde ändern sich aber auch bei Verwendung der unterschiedlichen Gewichte nicht.

Evidenz aus Nachwahlbefragungen und der Analyse von Niedermayer und Hofrichter genauso wie den Ergebnissen der Analyse der Verfasser des vorliegenden Beitrages, die herausgearbeitet haben, dass AfD-Anhänger über mittlere Bildungsniveaus sowie durchschnittliche bis überdurchschnittliche Einkommen verfügen (Niedermayer/Hofrichter, 2016).

Der Bundesvorstand der AfD hat jedenfalls erkannt, dass die Partei es mit ungewöhnlich heterogenen Zielgruppen zu tun hat. In einem Strategiepapier werden fünf verschiedene Zielgruppen benannt:

- Gegner der Euro-Rettungspolitik und eines möglichen europäischen „Superstaates“ aller sozialen Schichten, die von der Politik eine stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen fordern,
- bürgerliche Wähler mit liberal-konservativer Werteorientierung,
- Protestwähler,
- politisch interessierte Nichtwähler, sowie
- konservative Bürger mit unterdurchschnittlichem Einkommen („kleine Leute“) in sogenannten „prekären Stadtteilen“, die sich gegen eine mögliche Ausnutzung des Sozialstaates wenden (AfD, 2016, 4).

Im Osten Deutschlands sieht sich die AfD als unmittelbarer Konkurrent zur Linkspartei, der sie dort den Charakter einer Volkspartei attestiert, „im direkten Wettbewerb um Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum, der Arbeiterschaft und dem Prekariat“ (AfD, 2016., 23). Die Parteiführung ist sich bewusst, dass eine solche Melange aus unterschiedlichen sozio-ökonomischen Schichten mit teilweise divergierenden Ansichten schwierig zu adressieren ist (AfD, 2016, 8).

## 5. Protest als Wahlmotiv

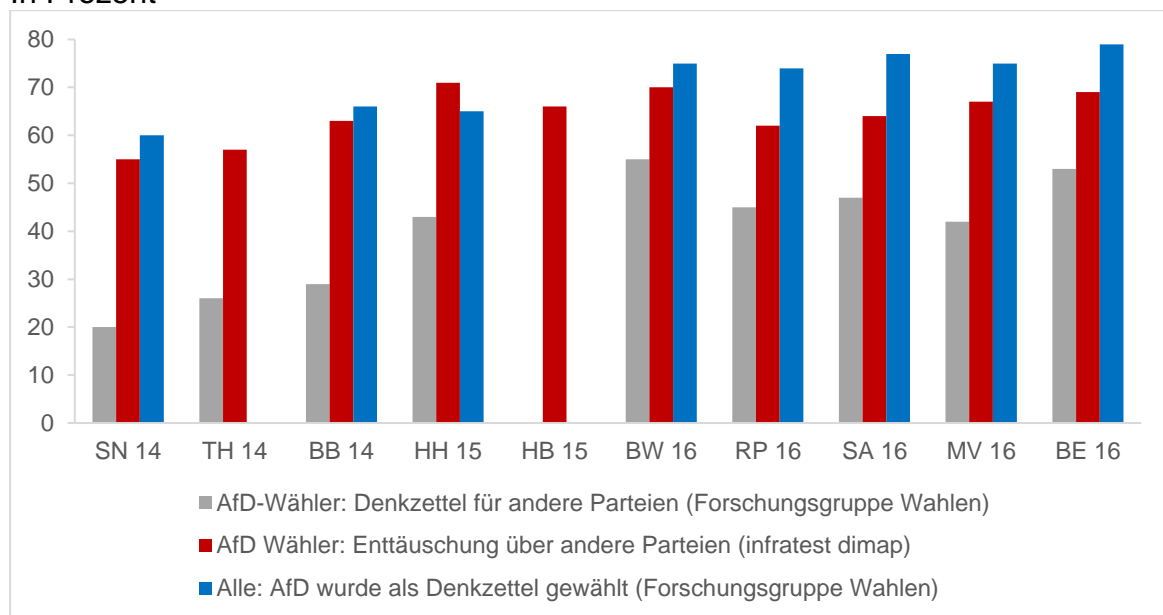
Betrachtet man die Gruppe der Protestwähler im Speziellen, zeigt sich für die Partei gerade im Jahr 2016 die hohe Bedeutung von Menschen, die der AfD ihre Stimme nicht aufgrund politischer Inhalte, sondern als „Denkzettel“ gegeben haben. Wenn wir den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen in dieser Hinsicht Vertrauen schenken können, wäre der Anteil der Protestwähler unter den AfD-Wählern bei den Landtagswahlen 2016 auf etwa die Hälfte angestiegen (Abbildung 4). Bei der etwas schwächeren Formulierung von infratest dimap, die AfD-Wähler fragt, ob der Grund für die Wahl in der „Enttäuschung“ über andere Parteien liegt, stimmten diesem bei den letzten Wahlen sogar rund zwei Drittel der AfD-Wähler zu. Interessant ist auch, dass die Partei von außen noch mehr als Protestpartei stigmatisiert wird als dies

eigentlich der Fall ist: bei den Wahlen im Jahr 2016 gaben im Durchschnitt 75 Prozent aller Befragten an, die AfD würde als „Denkzettel“ gewählt.<sup>7</sup>

Protestwähler stellen Wahlforscher deshalb in ganz besonderem Maße vor Schwierigkeiten, da deren Wahlverhalten sich kaum aus der Vergangenheit ableiten lässt. Protestwähler sind durch geringe Parteibindung und entsprechend „instabiles“ Wahlverhalten ausgezeichnet und stellen bei Vorhersagen einen entsprechenden Unsicherheitsfaktor dar (Roth/Wüst, 2007, 411).

#### Abbildung 4: Gründe für die Wahl der AfD

In Prozent



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, infratest dimap, eigene Berechnungen

## 6. Fazit

Unübersehbar ist, dass das Erstarken der AfD die Wahlforschung vor Probleme stellt, Wahlergebnisse ähnlich exakt wie bei anderen Parteien zu prognostizieren. Es deutet viel darauf hin, dass die soziale Erwünschtheit eine Erklärung dafür ist. Generell kommt hinzu, dass es noch wenig Daten und gesicherte Erkenntnisse zu der Anhängerstruktur und Wählerschaft der erst vor vier Jahren gegründeten Partei gibt. Die Erforschung von Angebot und Nachfrage beziehungsweise Wählerschaft und Programmatik der rechtspopulistischen Partei steht damit vor grundlegenden Problemen. Dies hat weitreichende Implikationen, da sich ohne konsistente Datenbasis aus Vor- und Nachwahlbefragungen weder eindeutig identifizieren lässt,

<sup>7</sup> Bereits zu den guten Wahlergebnissen von NPD und DVU in Landtagswahlen zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatten Protestwähler in erheblichem Maße beigetragen (Roth/Wüst, 2007, 408f.).

wer der AfD generell zuneigt, noch welche Inhalte konkret für einen Wahlerfolg ausschlaggebend waren. Wirtschaftspolitische Kampagnen, die zum Ziel haben mit der AfD um deren vermeintliche Wählerschaft zu konkurrieren, stehen damit ebenso auf wackeligen Beinen, wie Medienberichte, die ein bestimmtes Bild der Parteigänger suggerieren und dadurch die bestehende Stigmatisierung verschärfen.

In jedem Fall wird die Partei und ihre Sympathisanten von außen als radikaler wahrgenommen als durch die AfD-Anhänger- und Wählerschaft selbst. Sowohl bei der Einschätzung auf dem links-rechts Kontinuum durch die Wahlberechtigten als auch bei der Bewertung der AfD-Wahl als „Denkzettel“ für die etablierten politischen Kräfte. Interessanterweise hat sich ebenfalls eine Divergenz zwischen Einschätzung der Partei durch ihre Anhänger und deren Selbsteinschätzung ereignet. Dass dieses Phänomen nicht ganz an der Parteispitze vorbeigegangen ist, zeigt ein internes Papier, das für das Dazugewinnen weiterer Wählerschichten eine gewisse Problematik beim Spiel mit dem rechten Rand identifiziert: „Angesichts der Selbsteinordnung der meisten Wähler in der politischen Mitte kann diese Erweiterung nur dadurch gehen, dass sich die AfD deutlicher gegen Rechtsaußen abgrenzt.“ (AfD, 2016, 5).

Ab wann die Partei mit Inhalten statt mit Protest überzeugen muss, um große Wählerschichten an sich zu binden, wird insbesondere aufgrund der aktuellen Umfragebaisse und der herannahenden Bundestagswahl wieder relevant – wenn die Umfragen und Prognosen denn auch die tatsächliche Stimmung unter den Wählern abbilden. Eins hat jedenfalls bis zu der Dresdner Rede von Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, in der er eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad forderte, und mit der er den Bogen nach Rechtsaußen möglicherweise überspannte, gegolten – ganz so, wie es der Bundesvorstand der Partei im Dezember 2016 erkannt hat: „Die AfD lebt gut von ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei“ (AfD, 2016, 10).

## Literatur

AfD, 2016, Alternative für Deutschland: Demokratie wieder herstellen: Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben, AfD – Manifest 2017: Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017, unveröffentlichtes Strategiepapier des AfD-Bundesvorstandes vom 22. Dezember 2016, ohne Ortsangabe

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2017, Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener, Zeitschrift für Parlamentsfragen, 58. Jg., Heft 1, S. 113-131

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2016, Parteipräferenz und Einkommen: Die AfD – eine Partei der Besserverdiener?, IW-Kurzbericht, Nr. 19, Köln

Bergmann, Knut, 2002, Der Bundestagswahlkampf 1998, Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Wiesbaden

Brähler, Elmar / Kiess, Johannes / Decker, Oliver, 2016, Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler, in: Brähler, Elmar / Kiess, Johannes / Decker, Oliver: Die Enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Giessen

Der Spiegel, 1996, Unheil aus der Urne, v. 01.04.1996, S.26

Enten, Harry, 2016, 'Shy' Voters Probably Aren't Why The Polls Missed Trump, v. 16.11.2016, <https://fivethirtyeight.com/features/shy-voters-probably-arent-why-the-polls-missed-trump/> [22.03.2017]

Evans, Jocelyn / Ivaldi, Gilles, 2010, Comparing forecast models of Radical Right voting in four European countries (1973-2008), International Journal for Forecasting, Vol. 26, Nr. 1, S. 82-97

Greive, Martin, 2016, Eine Partei der Besserverdiener, in: Welt kompakt vom 02.05.2016, S. 3

Güllner, Manfred, 2016, „Einige reden nicht mit uns, weil wir angeblich ohnehin die Zahlen manipulieren“, v.10.11.2016, [http://www.deutschlandfunk.de/forsa-chef-zu-prognosedesaster-vor-us-wahl-einige-reden.694.de.html?dram:article\\_id=370951](http://www.deutschlandfunk.de/forsa-chef-zu-prognosedesaster-vor-us-wahl-einige-reden.694.de.html?dram:article_id=370951) [22.03.2017]

Hartmann, Petra, 1991, Wunsch und Wirklichkeit: Theorie und Empirie sozialer Erwünschtheit, Wiesbaden

Holtmann, Everhard, 2008, Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: Jun, Uwe / Haas, Melanie / Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden S. 409 – 429

- Hopmann, David, 2010, Vom emotionalen Underdog zur bewussten Strategie: Wie Meinungsumfragen die Parteipräferenzen beeinflussen, in: Faas, Thorsten / Arzheimer, Kai (Hrsg.): Information – Wahrnehmung – Emotion: Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung, S. 51-70, Wiesbaden
- Hyman, Herbert, 1944, Do they tell the truth?, Public Opinion Quarterly, Vol. 8, Nr. 4, S. 557-559
- infratest dimap, 2015, Bürger verorten die AfD deutlich rechts von der Union, Berlin, [http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/LinksRechts2014\\_AfD.pdf](http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/LinksRechts2014_AfD.pdf) [22.03.2017]
- Kroh, Martin / Fetz, Karolina, Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit der Gründung der Partei deutlich verändert, DIW Wochenbericht 34, 88. Jg., S.711 – 719
- Möhring, Wiebke / Schlütz, Daniela, 2010, Die Befragung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Eine praxisorientierte Einführung, 2. Auflage, Wiesbaden
- Neubacher, Bernd, 2002, Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?, Stuttgart, [http://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/5461/1/Dissertation\\_Bernd\\_Neubacher.pdf](http://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/5461/1/Dissertation_Bernd_Neubacher.pdf) [22.03.2017]
- Niedermayer, Oskar / Hofrichter, Jürgen, 2016, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg, Heft 2, S. 267-285
- Phillips, Derek / Clancy, Kevin, 1972, Some Effects of "Social Desirability" in Survey Studies, American Journal of Sociology, Vol. 77, Nr. 5, S. 921-940
- Proner, Hanna, 2011, Ist keine Antwort auch eine Antwort? Die Teilnahme an politischen Umfragen, Wiesbaden
- Roth, Dieter / Wüst, Andreas, 2007, Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland, in: Patzelt, Werner / Sebaldt, Martin / Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Res publica semper reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, Wiesbaden, S. 390 – 412
- Roth, Dieter, 1998, Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Oplanden
- Sayers, Freddie, 2016: The online Polls were RIGHT, and other lessons from the referendum, v. 28.06.2016; <https://yougov.co.uk/news/2016/06/28/online-polls-were-right/> [22.03.2017]
- Schmidt, Christina, 2017, Der Zahlenmacher, in: taz vom 21.01.2017, S. 5
- Silver, Nate, 2016, FiveThirtyEight: Who will win the presidency?, <https://projects.fivethirtyeight.com/2016-election-forecast/> [22.03.2017]



Welt Online, 2016, AfD wandelt sich von Professoren- zur Prekariats-Partei, v.  
21.03.2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article153514296/AfD-wandelt-sich-von-Professoren-zur-Prekariats-Partei.html> [22.03.2017]